

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Ausschuss Schule und Weiterbildung	15.04.2013
Bezirksvertretung 9 (Mülheim)	15.04.2013
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	25.04.2013
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	25.04.2013
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	13.05.2013

### **Vorhaben zur bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten in Köln in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16**

#### **1. Inhalt der vorliegenden Planung**

Die Verwaltung stellt im Folgenden ein Maßnahmenpaket zur Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten dar, mit dem die Schulstruktur in Köln in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 bedarfsgerecht in Richtung eines längeren gemeinsamen Lernens weiter entwickelt werden soll. Dabei sollen vor allem pragmatische und findige (Dependance-)Lösungsansätze umgesetzt werden, die mit bestehenden Schulstandorten flexibel umgehen.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation werden die vorgesehenen Maßnahmen in Bauvorhaben integriert, für die bereits Planungen vorliegen. So liegen an einzelnen Standorten bereits Machbarkeitsstudien für Erweiterungsbauten vor. Durch die Gesamtschulplanung mit zwei Standorten können hier Synergieeffekte erzielt werden. Ein anderer Standort ist seit vielen Jahren dringend sanierungsbedürftig, eine Dependancelösung ermöglicht hier maßgebliche Einsparpotenziale. Für andere Standorte waren Erweiterungsbauten vorgesehen, die durch eine Zusammenführung und die Einbeziehung bestehender Schulgebäude vermieden werden können und somit eine Minderung der Mieterhöhung erwirtschaftet werden kann.

Die einzelnen Beschlussvorlagen für die politischen Gremien befinden sich derzeit in Vorbereitung. Sie sollen in der Sitzung des ASW am 01.07.2013 erstmalig beraten und nach Durchlauf des weiteren Beratungsgangs in den Bezirksvertretungen und erneut im ASW dem Rat am 01.10.2013 zur Entscheidung vorgelegt werden. Vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses und der Genehmigung durch die Bezirksregierung, mit der schon Vorabstimmungen stattgefunden haben, würde für die Kölner Eltern noch vor den Informationsveranstaltungen der Schulen im Herbst 2013 bzw. den Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2014/15 im Frühjahr 2014 Klarheit über das veränderte Schulangebot bestehen.

## 2. Einordnung in die Schulentwicklungsplanung

Die vorliegende Mitteilung versteht sich als ein weiterer Schritt der kontinuierlichen Schulentwicklungsplanung, die in den Jahren 2010 bis 2012 in unterschiedlichen Berichtsformaten Ausdruck fand.

- Mit der „Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln“ hat die Verwaltung im Frühjahr 2011 eine Rahmenplanung für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen vorgestellt. Für den schulischen Bereich wurde insbesondere der Bedarf an weiteren Gesamtschulplätzen bzw. Schulen des längeren gemeinsamen Lernens begründet. Dabei stellte die Verwaltung insbesondere auf die Ergebnisse der Fachtagung „Längeres gemeinsames Lernen“ ab, die sie im Auftrag des ASW im Frühjahr 2010 durchgeführt hatte.
- Im Frühjahr 2012 legte die Verwaltung die „Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung“ vor, in der Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Gestaltung der Schullandschaft in Köln bis 2020 unterbreitet worden sind. Die dort formulierten Maßnahmen, die auf die Bereitstellung zusätzlicher Schulplätze vor dem Hintergrund stark gestiegener Geburten- und Kinderzahlen sowie auf das längere gemeinsame Lernen abheben, sind in weiten Teilen nach wie vor aktuell. Allerdings zeigte sich sowohl im Rahmen der dialogischen Planung mit den Schulen als auch durch die Elternbefragung im Herbst 2012, dass die Sekundarschule in Köln nicht auf Akzeptanz trifft.

### **Wichtige Planungsparameter: Ergebnisse der Elternbefragung 2012, Anmeldezahlen Gesamtschulen für das Schuljahr 2013/14**

Die Verwaltung hatte im Herbst 2012 eine neue Elternbefragung zur Schulwahl bei Dritt- und Viertklässler/-innen in Köln durchgeführt. An der schriftlichen Befragung haben sich knapp 9.000 Eltern beteiligt, das entspricht einer Rücklaufquote von insgesamt 51%. Die Befragungsergebnisse sind als repräsentativ anzusehen. Als wesentliche Ergebnisse sind unter anderem festzuhalten:

- 64% der Eltern stehen der Idee eines längeren gemeinsamen Lernens grundsätzlich positiv und einer früher Aufteilung von Kindern auf verschiedene Schulformen kritisch gegenüber. Die seitens der Verwaltung verfolgte Weiterentwicklung der Schulstruktur in Richtung längeres gemeinsames Lernen entspricht damit der Grundeinstellung der Eltern.
- Die Schulform Sekundarschule stellt für Eltern derzeit allerdings keine Option dar. Nur 2% der befragten Eltern von Viertklässlern würden sich für ihr Kind einen Übergang an diese Schulform wünschen.
- Wenn sich die Eltern für eine Schulform des längeren gemeinsamen Lernens interessieren, dann fast ausschließlich für die Gesamtschule. 26% der Eltern von Viertklässlern würden ihr Kind wunschgemäß gerne an eine Gesamtschule anmelden. Der Bedarf übersteigt den Bestand an Gesamtschulkapazitäten allerdings bei Weitem. Nach den Ergebnissen der Elternbefragung war mit einem hochgerechneten Fehlbedarf von 680 Gesamtschulplätzen zu rechnen. Dass die Europaschule Zollstock und die Katharina-Henoth-Gesamtschule im Schuljahr 2013/14 jeweils eine Eingangsklasse im Raumbestand mehr bilden, ist hier schon in Abzug gebracht. Der höchste Fehlbedarf auf Stadtbezirksebene ergibt sich übrigens im Stadtbezirk Innenstadt, in dem bislang keine städtische Gesamtschule eingerichtet ist, mit einer Deckungslücke von hochgerechnet 278 Gesamtschulplätzen (vgl. ausführlich „Elternbefragung 2012 zur Schulwahl - Darstellung der Ergebnisse und erste schulentwicklungsplanerische Bewertung“, session 4399/2012).

Die Ergebnisse der aktuellen Elternbefragung erfahren Bestätigung durch die nunmehr vorliegenden Anmeldezahlen an den weiterführenden Kölner Schulen für das Schuljahr 2013/14. Demnach hat es

an den städtischen Gesamtschulen in Köln insgesamt 633 Ablehnungen gegeben<sup>1</sup>. Diese Größenordnung entspricht damit weitestgehend dem aus der Elternbefragung hochgerechnetem Fehlbedarf, ein deutliches Indiz für die hohe Belastbarkeit der Ergebnisse der Elternbefragung mit Blick auf die Gesamtschulwünsche der Eltern.

Die Ergebnisse der Elternbefragung 2012 und die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2013/14 stellen für die Verwaltung entscheidende Planungsparameter dar. Beide geben – sich wechselseitig ergänzend – Aufschluss über Elternwillen und Elternwünsche, die mit den in der vorliegenden Mitteilung dargestellten Vorhaben erfüllt werden sollen.

Klar ist angesichts der Ergebnisse der Elternbefragung, dass von den beiden schulrechtlich vorgesehenen Schulformen des längeren gemeinsamen Lernens in Köln alleine die Option der Gesamtschule zieht. Die Verwaltung hat daher ihre Diskussionsvorschläge zur Errichtung von Sekundarschulen Anfang 2013 zurück gezogen und ihre schon bestehenden Planungen zur weiteren Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten weiter intensiviert.

Rückblickend sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass zum Schuljahr 2009/10 mit Bezug des Neubaus der Gesamtschule Rodenkirchen die Kapazität dort um 1 Zug erhöht wurde. Im nächsten Schritt folgte die Errichtung der Gesamtschule Nippes mit 4 Zügen. Darüber hinaus wurde zum Schuljahr 2012/13 die private Gesamtschule „Offene Schule Köln“ mit rechnerisch 50 Plätzen je Jahrgang gegründet. Weiter haben sich Anfang 2013 die Europaschule - Gesamtschule Zollstock und die Katharina-Henoth-Gesamtschule in Kalk bereit erklärt, zum Schuljahr 2013/14 jeweils eine Eingangsklasse mehr im gegebenen Raumbestand einzurichten. In der Summe sind damit seit 2009 bereits insgesamt 246 neue Gesamtschulplätze in den Eingangsklassen (bei maximaler Auslastung 260 Plätze) entstanden. Hinzu kommen seit 2011/12 insgesamt 150 Plätze in den Eingangsklassen an den beiden Gemeinschaftsschulen.

### 3. Kurzzusammenfassung der Planungsvorhaben

Die Verwaltung schlägt im Einzelnen folgende Maßnahmen zur weiteren bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten mit Blick auf die Schuljahre 2014/15 und 2015/16 vor, die in Kapitel 5 ausführlich dargestellt werden sollen:

Schnelle Übersicht über die Vorhaben - Kurzbeschreibung	
①	Einrichtung einer neuen, vierzügigen Gesamtschulen an den beiden Schulstandorten Frankstraße und Severinswall in Altstadt-Süd im Stadtbezirk Innenstadt zum Schuljahr 2014/15
②	Einrichtung einer neuen, vierzügigen Gesamtschule an den beiden Standorten Ferdinandstraße (Mülheim) und Wuppertaler Straße (Buchheim) im Stadtbezirk Mülheim zum Schuljahr 2014/15
③	Erweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule, Gesamtschule Toller Straße in Bocklemünd-Mengenich im Stadtbezirk Ehrenfeld von vier Zügen auf fünf Züge zum Schuljahr 2014/15 nach derzeit durchgeführter und dann erfolgter Generalsanierung am Standort

<sup>1</sup> Datenbasis: Vorstatistik für 2013/14, Stand 28.03.2013

④	Erweiterung der Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch in Höhenhaus im Stadtbezirk Mülheim durch Bildung eines Teilstandortes am Schulstandort Dellbrücker Mauspfad in Dellbrück zum Schuljahr 2015/16
⑤	Nachrichtlich sei zudem erwähnt, dass die Verwaltung eine zeitnahe Erweiterung der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Gesamtschule Adalbertstraße in Höhenberg im Stadtbezirk Kalk durch Bildung eines zweizügigen Teilstandortes sehr begrüßen würde. Hier finden im Rahmen der dialogischen Planung intensive Gespräche statt, die zwar noch nicht abgeschlossen sind, über die aber weiter unten ebenfalls informiert werden soll.

Bei Umsetzung dieses Maßnahmenprogramms ①,②,③ wird die Zahl der Gesamtschulplätze in Köln zum Schuljahr 2014/15 um weitere 9 Züge Sek. I ausgeweitet, das bedeutet ein Plus von 252 Plätzen (bei Richtfrequenz) bzw. ein Plus von 270 Plätzen (maximal<sup>2</sup>).

Das Angebot an Gesamtschulplätzen soll mit Maßnahme ④ in einem nächsten Schritt zum Schuljahr 2015/16 um weitere 2 Züge Sek. I anwachsen. Das bedeutet ein weiteres Plus von 56 Plätzen nach Richtfrequenz bzw. 60 Plätzen bei maximaler Auslastung. Durch die in Prüfung befindliche Erweiterung der Katharina-Henoth-Gesamtschule (siehe Maßnahme ⑤) um 2 Züge entstünden weitere 56 Plätze nach Richtfrequenz bzw. 60 Plätze maximal. Insgesamt sieht die Verwaltung damit mit den Maßnahmen ① bis ⑤ eine weitere, zeitnahe und bedarfsgerechte Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten um 13 Züge Sek. I vor, das sind 364 Plätze (bei Richtfrequenz) bzw. 390 Plätze (maximal). Dies entspricht rechnerisch der Realisierung von drei neuen Gesamtschulen, die aber eben nicht neu gebaut werden, sondern durch flexible Nutzung bestehender Schulstandorte neu entstehen.

Alle Vorhaben sind im Rahmen einer dialogischen Planung in einer Reihe von Gesprächen mit den Schulen erörtert und entwickelt bzw. weiterentwickelt worden. Sie würden auch von den Schulen der auslaufend zu schließenden Schulformen mitgetragen werden. Besonders wichtig ist diesen Schulen der Blick auf die Schülerinnen und Schülern an den auslaufenden Schulen sowie deren Eltern. Alle betroffenen Schulen sind seitens der Verwaltung gebeten worden, ihre Weiterentwicklungsperspektiven in der jeweiligen Schulgemeinschaft zu erörtern und zeitnah Schulkonferenzbeschlüsse zu erwirken. Zum Teil liegen die Schulkonferenzbeschlüsse schon vor. Sie werden weiter unten bei der Darstellung der Planungsvorhaben im Einzelnen erörtert und der vorliegenden Mitteilung als Anhang beigefügt.

#### 4. Schulrechtlicher Rahmen der Planungsvorhaben

Mit Blick auf die in Kapitel 5 näher beschriebenen Planungsvorhaben soll an dieser Stelle vorab zum besseren Verständnis deren schulrechtlicher Rahmen beschrieben werden.

- Zunächst ist festzuhalten, dass das Schulgesetz NRW eine „Umwandlung“ von Schulen nicht vorsieht. Sollen, wie seitens der Verwaltung geplant, an einem Schulstandort Veränderungen der Schulform vorgenommen werden, dann ist die (auslaufende) Schließung der bestehenden Schulen bei gleichzeitigem Aufbau der neuen Schule vorzunehmen. Schulministerium NRW und Bezirksregierung Köln haben signalisiert, dass im Rahmen der personalrechtlichen Möglichkeiten zukünftig eine weitestgehende „personelle Kontinuität“ des Lehrpersonals gewährleistet werden soll. Die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer sollen bestmöglich in Personalentwick-

<sup>2</sup> In diesem Fall kann jedoch kein Inklusiver Unterricht / Gemeinsames Lernen angeboten werden.

lungskonzepten berücksichtigt werden. Inwieweit hinsichtlich der Frage „Umwandlung“ oder Schließung mit Blick auf eine Weiterentwicklung der beiden Gemeinschaftsschulen in Köln weitergehende Lösungen denkbar sind, weil es sich um eine Schulform im Modellversuch handelt, wird derzeit zwischen Verwaltung und Bezirksregierung Köln erörtert.

- Durch den Umstand, dass Umwandlungen von Schulen im Grundsatz nicht möglich sind, ergeben sich besondere Herausforderungen an den Schulträger, da für Übergangszeiten an einem Schulstandort ein oder mehrere auslaufende Systeme und gleichzeitig ein neues, aufwachsendes System abgebildet werden müssen. Eine Zusicherung, dass alle Schülerinnen und Schüler am gegebenen Standort ihren Abschluss machen und nicht an einem anderen Ort der gleichen Schulform, kann die Verwaltung nur bedingt geben: Erfahrungsgemäß wird eine qualitativ hohe schulfachliche Versorgung bei einem fortschreitendem Auslaufen von Schulen immer schwieriger, da die sukzessive angepasste Lehrerversorgung notwendige Differenzierungen nicht mehr ohne Weiteres zulässt. Aus diesem Grund muss sich die Verwaltung vorbehalten, auslaufende Systeme zu späteren Zeitpunkten zu bündeln und an bestehende Standorte von Schulen der gleichen Schulform anzukoppeln.
- Dependence- oder Teilstandortlösungen bei der Errichtung von Gesamtschulen in Köln setzen nach § 83 Abs. 5 SchulG NRW voraus, dass an den unterschiedlichen Standorten jeweils die kompletten Jahrgangsstufen eingerichtet werden (z.B. die Stufen 5 bis 7 an dem einen und die Stufen 8 bis 13 an dem anderen Standort, sogenannte „horizontale Teilung“).

## 5. Darstellung der Planungsvorhaben im Einzelnen

<b>1</b>	Einrichtung einer neuen, vierzügigen Gesamtschule an den beiden Schulstandorten Frankstraße und Severinswall in Altstadt-Süd im Stadtbezirk Innenstadt zum Schuljahr 2014/15
----------	--

### Beschreibung der vorgesehenen Maßnahme

- Die Konrad-Adenauer-Schule, Realschule und Aufbaurealschule Frankstraße hat bereits im Zusammenhang mit dem Schulversuch Gemeinschaftsschule Interesse an einer Weiterentwicklung in Richtung „längeres gemeinsames Lernen“ bekundet. Eine Umsetzung dieser Überlegungen scheiterte, nachdem die Schulform Gemeinschaftsschule in Folge des schulpolitischen Konsenses keine schulgesetzliche Verankerung fand. Da die Schulform Sekundarschule bei den Kölner Eltern derzeit nicht auf Akzeptanz trifft, bietet es sich an, zum Schuljahr 2014/15 im Stadtbezirk Innenstadt die erste Gesamtschule in städtischer Trägerschaft zu gründen, um dem artikulierten ausgesprochen hohen Bedarf an Schülerplätzen des längeren gemeinsamen Lernens kurzfristig Rechnung zu tragen. Da das Schulgesetz für die Errichtung einer Gesamtschule eine Mindestzügigkeit von 4 Zügen in der Sekundarstufe I vorgibt, am Schulstandort Frankstraße die entsprechenden Kapazitäten zur Erfüllung des hierfür erforderlichen Raumprogramms jedoch nicht nachgewiesen werden können, muss die neue Gesamtschule an zwei Schulstandorten (Teilstandorten) verortet werden. Im Rahmen des dialogischen Planungsprozesses konnte die Theo-Burauen-Realschule, Realschule Severinswall als weiterer Akteur für die Planungsidee einer bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulplätze gewonnen werden.

### Bedarfssituation im Stadtbezirk Innenstadt

- Beide Realschulen sind 2-zügig festlegt. Ergänzt wird das Angebot der Konrad-Adenauer-Schule, Realschule Frankstraße ab Klasse 7 durch einen zweizügigen Aufbauzweig (Aufbaurealschule). Die Anmeldezahlen für den Übergang in die Sekundarstufe I der Konrad-Adenauer-Schule sanken in den vergangenen Jahren leider kontinuierlich ab, so dass in Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln zum Schuljahr 2012/13 nur noch eine Eingangsklasse gebildet wurde. Im Schuljahr 2013/14 soll nach Abstimmung mit der Bezirksregierung und mit Blick sowohl

auf die geringen Anmeldezahlen als auch auf die hier beschriebene Weiterentwicklungsperspektive keine Eingangsklasse eingerichtet werden. Die Konrad-Adenauer-Schule, Realschule Frankstraße befindet sich seit 2009/10 im gebundenen Ganztags. Auch die Theo-Burauen-Realschule, Realschule Severinswall hat in den vergangenen Jahren einige Innovationen eingeführt, um ihren Schulstandort attraktiver zu gestalten: zum Schuljahr 2010/11 wurde der gebundene Ganztags eingeführt; seit Schuljahr 2011/12 führt die Realschule eine bzw. seit Schuljahr 2012/13 zwei integrative Lerngruppen, in der Schülerinnen und Schüler zielgleich und zieldifferenziert gefördert werden. Die Anmeldezahlen der Theo-Burauen-Realschule ließen bisher die Bildung von zwei Eingangsklassen zu.

- Mit Blick auf die wachsenden Schülerzahlen (vgl. „Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2012 – Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft bis 2020, session 1500/2012) müssen alle bestehenden Schulstandorte mit den grundsätzlich dort vorhandenen Kapazitäten zur Bedarfsdeckung beitragen – nicht zuletzt auch aus haushaltswirtschaftlichen Gesichtspunkten.
- Als Ergebnis der Elternbefragung im Herbst 2012 wurde eine Nachfrage von 390 Gesamtschul- und 55 Sekundarschulplätzen für den Stadtbezirk Innenstadt auf Basis der Rückmeldungen der dortigen Grundschulen hochgerechnet. Der Bedarf im Stadtbezirk Innenstadt übersteigt das dort vorgehaltene Angebot von 112 Gesamtschulplätzen an privaten Schulen also bei weitem. Aus schulentwicklungsplanerischer Sicht wird der Bedarf an einer Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt ausdrücklich bestätigt, da bei Realisierung dem Elternwunsch nach Schülerplätzen des längeren gemeinsamen Lernens und dem wachsenden Bedarf an Plätzen in der Sekundarstufe II entsprochen werden kann. Die erforderliche Leistungsheterogenität wird als gegeben angesehen. Eine Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt könnte dabei für leistungsstarke Schüler eine Alternative zum Gymnasium darstellen und so zu einer Entlastung des Gymnasialbedarfs beitragen; zum anderen könnte die neue Gesamtschule in der Innenstadt auch zu einer Entlastung der Gesamtschulen im Kölner Süden (Stadtbezirk Rodenkirchen) führen.

#### Abstimmung mit den Schulen

- Da die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft nach Einschätzung der Verwaltung nur mit den Schulen und nicht gegen sie geht, wurden die Vorstellungen gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Schule, Realschule Frankstraße und der Theo-Burauen-Realschule, Realschule Severinswall im dialogischen Verfahren erörtert. Die Konzeption sieht die Gründung einer Gesamtschule mit jeweils 4 Zügen in der Sekundarstufe I und II als inklusive Ganztagschule vor. Beide Schulen zeigten sich einer Weiterentwicklung gegenüber grundsätzlich sehr positiv. Da das Schulgesetz ein Zusammenwirken von Schule und Schulträger bei der Entwicklung des Schulwesens auf örtlicher Ebene vorsieht, wurden beide Schulen gebeten, die Planungen in der jeweiligen Schulkonferenz zu beraten.
- Am 21.03.2013 hat sich die Schulkonferenz der Konrad-Adenauer Schule, Realschule Frankstraße einstimmig und ohne Enthaltung für das Vorhaben der Realisierung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt mit den Teilstandorten Frankstraße und Severinswall ausgesprochen. Ebenfalls am 21.03.2013 wurde das Vorhaben auch in der Schulkonferenz der Theo-Burauen-Realschule, Severinswall erörtert, die sich mit großer Mehrheit für das Vorhaben ausgesprochen hat.

#### Räumlich-gebäudliche Voraussetzungen

- Um den Raumbedarf einer Gesamtschule mit jeweils 4 Zügen in der Sekundarstufe I und II als inklusiver Schule im gebundenen Ganztags zu erfüllen, wird derzeit gemeinsam mit den Schulen erarbeitet, wie die Schulstufen 5 bis 13 in einer horizontalen Teilung an den Schulstandorte bei gleichzeitiger auflösenden Schließung der Vorgängerschulen abgebildet werden können. Mit

Blick auf die Konsolidierungsvorgaben sind den Bau- und Investitionskosten an den Schulstandorten enge Grenzen zu setzen.

#### Vorabstimmung mit der Bezirksregierung

Die Bezirksregierung wurde über die Planungen vorab in Kenntnis gesetzt. Sie gab eine positive Rückmeldung und sagte ihre Unterstützung zu. Weitere Gespräche sollen in Kenntnis der Detailplanungen und in Vorbereitung des Genehmigungsantrages stattfinden.

②	Einrichtung einer neuen, vierzügigen Gesamtschule an den beiden Standorten Ferdinandstraße (Mülheim) und Wuppertaler Straße (Buchheim) im Stadtbezirk Mülheim zum Schuljahr 2014/15
---	---

#### Beschreibung der vorgesehenen Maßnahme

- Auslaufende Schließung der beiden je 3-zügigen Gemeinschaftsschulen Ferdinandstraße und Wuppertaler Straße, um eine neue Gesamtschule mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 3 Zügen in der Sekundarstufe II an den Teilstandorten Ferdinandstraße und Wuppertaler Straße aufbauend ab Klassenstufe 5 zu errichten. Die Teilung erfolgt entsprechend der schulrechtlichen Vorgaben horizontal. Es ist aktuell vorgesehen, die Jahrgänge 5. bis 8. am Standort Ferdinandstraße und die Jahrgänge der 9. – 13. Schuljahre am Standort Wuppertaler Straße zu führen. In der Sekundarstufe II könnte die neue Gesamtschule mit der Gesamtschule Holweide kooperieren, um das pädagogische Angebot zu erweitern.

#### Bedarfssituation im Stadtbezirk Mülheim

- An den beiden Gesamtschulen im Stadtbezirk Mülheim (Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch in Höhenhaus und Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße) konnten zum Schuljahr 2013/14 insgesamt 405 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. 98 Schülerinnen und Schüler mussten abgewiesen werden. An den beiden Gemeinschaftsschulen konnten in der Summe alle angemeldeten 146 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. Aufgrund der Elternbefragung (Herbst 2012) war eine Nachfrage von 479 Plätzen aufgrund der Rückmeldungen von Grundschulen aus dem Stadtbezirk Mülheim an Gesamtschulen hochgerechnet worden. Weitere hochgerechnet 47 Eltern von Viertklässler/-innen interessieren sich für eine Sekundarschule. Unter Berücksichtigung der hier beschriebenen Maßnahme zur Realisierung einer neuen Gesamtschule sowie der Ausweitung der Aufnahmekapazität der Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch in Höhenhaus, vgl. Maßnahme ④) entsteht nach Einschätzung der Verwaltung ein bedarfsgerechtes Gesamtschulangebot für den Stadtbezirk Mülheim.

#### Abstimmung mit den Schulen

- Die beiden Gemeinschaftsschulen sehen ihre bedarfsgerechte Weiterentwicklung in eine Gesamtschule als zwingend erforderlich an, um die gesetzlich vorgesehene Überführung in eine (in Köln derzeit nicht gewünschte) Sekundarschule zum Schuljahr 2020/21 zu vermeiden. Bedingt durch die deutliche Ablehnung der Sekundarschule und eine mögliche Überforderung der Eltern durch die Veränderungen im Schulwesen in den vergangenen Jahren erscheint die Weiterentwicklung in eine klassische Schulform, die den unmittelbaren Weg zum Abitur ermöglicht, eher bedarfsentsprechend.

#### Räumlich-gebäudliche Voraussetzungen

- Die räumlichen Anforderungen für die vorgestellte Gesamtschule sollen im Raumbestand erfüllt werden. Eine mit der Einrichtung der Gemeinschaftsschule Wuppertaler Straße in 2011/12 in Erwägung gezogene Erweiterung soll nicht mehr umgesetzt werden. Über den Raumbestand der Standorte Ferdinandstraße und Wuppertalerstraße hinaus gehende Bedarfe, die sich ggf.

perspektivisch nach erfolgtem Aufwachsen der Gesamtschuljahrgänge ergeben können, beabsichtigt die Verwaltung am Standort der Hauptschule Rendsburger Platz zu decken.

#### Vorabstimmung mit der Bezirksregierung

Die Bezirksregierung unterstützt die Bestrebungen der Stadt Köln, die Gemeinschaftsschulen bedarfsgerecht zu einer Gesamtschule weiterzuentwickeln.

<b>3</b>	Erweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule, Gesamtschule Toller Straße in Bocklemünd-Mengenich im Stadtbezirk Ehrenfeld von vier Zügen auf fünf Züge zum Schuljahr 2014/15 nach derzeit durchgeführter und dann erfolgter Generalsanierung am Standort
----------	--

#### Beschreibung der vorgesehenen Maßnahme

- Es ist geplant, die Zügigkeit der Max-Ernst-Gesamtschule, Gesamtschule Tollerstraße in der Sekundarstufe I nach Abschluss der laufenden Bau- und Sanierungsmaßnahmen von 4 auf 5 Züge zu erhöhen.

#### Bedarfssituation im Stadtbezirk Ehrenfeld

- Die Max-Ernst-Gesamtschule, Gesamtschule Toller Straße stellt mit 112 Schulplätzen je Jahrgang in der Sekundarstufe I derzeit das einzige Gesamtschulangebot im Stadtbezirk Ehrenfeld. Die Nachfrage ist so hoch, dass im Durchschnitt der letzten 3 Jahre jeweils rund 100 Kinder abgewiesen werden mussten. Auch als Ergebnis der Elternbefragung (Herbst 2012) wurde eine Nachfrage von 200 Gesamtschul- und 35 Sekundarschulplätzen für den Stadtbezirk Ehrenfeld auf Basis der Rückmeldungen der dortigen Grundschulen hochgerechnet. Daher sieht der Schulträger den dringenden Bedarf, auch im Stadtbezirk Ehrenfeld das Angebot an Schülerplätzen des längeren gemeinsamen Lernens bedarfsgerecht zu erhöhen. Die Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule wäre hierfür ein erster Schritt. Ein zweiter entscheidender Schritt könnte durch die Realisierung einer Inklusiven Universitätsschule (IUS) auf dem Heliosgelände erfolgen; hierzu wird die Verwaltung gesondert berichten.

#### Abstimmung mit den Schulen

- Die Schule ist in den laufenden Planungsprozess der Baumaßnahmen eingebunden. Sie würde über die in Umsetzung befindlichen baulichen Erweiterungen weitere Verbesserungen des Raumprogramms begrüßen, um die abgestimmte Zügigkeitserweiterung auf 5 Züge noch besser abbilden zu können. Die Verwaltung lehnt dieses Ansinnen mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation ab.

#### Räumlich-gebäudliche Voraussetzungen

- Nach Fertigstellung des Neubaus und durchgeführter Kernsanierung von 2 Schultrakten liegen die baulichen Voraussetzungen für die Erweiterung der Zügigkeit von 4 auf 5 Zügen in der Sekundarstufe I (nach altem Raumprogramm) vor. Die Baumaßnahmen werden spätestens im August 2014 abgeschlossen sein, so dass bereits zum Schuljahr 2014/15 eine weitere Eingangsklasse gebildet werden kann.

#### Vorabstimmung mit der Bezirksregierung

Die Planungen sind der Bezirksregierung bekannt. Formal bedarf die Erhöhung der Zügigkeit noch der Genehmigung durch die Bezirksregierung auf Basis eines entsprechenden Ratsbeschlusses.

④	Erweiterung der Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch in Höhenhaus im Stadtbezirk Mülheim durch Bildung eines Teilstandortes am Schulstandort Dellbrücker Mauspfad in Dellbrück zum Schuljahr 2015/16
---	--

#### Beschreibung der vorgesehenen Maßnahme

- Um das Angebot an Gesamtschulplätzen im Stadtbezirk Mülheim, neben der unter ② beschriebenen Maßnahme, weiter bedarfsgerecht ausbauen zu können, schlägt die Verwaltung vor, die Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch um 2 Züge in der Sekundarstufe I und 1 Zug in der Sekundarstufe II zu erweitern. Allerdings soll das Angebot auf zwei Teilstandorte (Im Weidenbruch und Dellbrücker Mauspfad) verteilt werden. Gegenwärtig wird eine räumlich-gebäudliche Prüfung vollzogen, mit dem Ziel, die Jahrgänge des 5. bis 8. Schuljahrs langfristig am Standort Dellbrücker Mauspfad zu führen und die Jahrgänge des 9. bis 13. Schuljahrs am Standort Im Weidenbruch. Eine solche Aufteilung würde es gleichzeitig ermöglichen, die erforderliche und schon seit längerem vorgesehene Bau-/Sanierungsmaßnahme am Standort Im Weidenbruch zu reduzieren und leistet somit einen erheblichen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung. Am Standort Dellbrücker Mauspfad entsteht durch diese Planung kein Bedarf für einen Erweiterungsbau.
- Die Heinrich-Schieffer-Hauptschule und die Realschule Dellbrücker Mauspfad müssen auslaufend geschlossen werden, um die Raumressourcen für den Teilstandort der Willy-Brandt-Gesamtschule schaffen zu können.

#### Bedarfssituation im Stadtbezirk Mülheim

- Hier wird auf die Darstellung der Bedarfssituation im Stadtbezirk Mülheim unter Punkt ② verwiesen.

#### Abstimmung mit den Schulen, Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Unterregion Mülheim und Vorabstimmung mit Bezirksregierung

- In einem breit angelegten dialogischen Prozess wurden die Überlegungen der Verwaltung, wie auch die Vorschläge und Einschätzung der Schulen ausgetauscht und beraten. Die direkt betroffenen Schulen, Willy-Brandt-Gesamtschule, Heinrich-Schieffer-Hauptschule und Realschule Dellbrücker Mauspfad wurden nach Abschluss der Gesprächsrunden gebeten, die Vorschläge der Verwaltung in den Schulkonferenzen zu beraten und ein Votum abzugeben.
- Haupt- und Realschule Dellbrücker Mauspfad akzeptieren die Planungen der Verwaltung zur bedarfsgerechten Schaffung von Gesamtschulplätzen, wünschen sich aber, dass die Schülerinnen und Schüler der auslaufenden Schulen möglichst noch am Schulstandort ihren Hauptschul- bzw. Realschulabschluss machen können und dass interessierte Lehrerinnen und Lehrer an die Gesamtschule wechseln können.
- Die Bezirksregierung unterstützt die Planungen der Stadt, am Standort Dellbrücker Mauspfad Gesamtschulkapazitäten zu schaffen. Sie begrüßt besonders die vorgesehene Dependence-Lösung, und außerdem – mit Blick auf die unter ② beschriebene Maßnahme der Realisierung einer neuen Gesamtschule an den Standorten Ferdinandstraße und Wuppertaler Straße – einen „zeitverzögerten“ Start der Zügigkeitserweiterung der Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch zum Schuljahr 2015/16. Letzterer erscheint der Verwaltung erforderlich, um der neu zu errichtenden Gesamtschule an den Standorten Ferdinandstraße und Wuppertaler Straße einen Startvorteil im stärkeren Wettbewerb der Schulen um Gesamtschulklientel bei zukünftig annähernder Bedarfsdeckung zu geben. Die zukunftsfähige Weiterentwicklung der beiden Gemeinschaftsschulen muss nach Ansicht der Verwaltung Priorität vor anderen Maßnahmen haben, damit die an diesen Standorten in vielerlei Hinsicht getätigten Investitionen nachhaltig wirken. Gleichzeitig kann bei einem zeitverzögerten Start der Dependence-Lösung für die

Willy-Brandt-Gesamtschule am Standort Dellbrück den dort auslaufend zu schließenden Schulen mehr Zeit an Vorbereitung eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang erwägt die Verwaltung auch, an den beiden Schulen zum Schuljahr 2014/15 keine Eingangsklassen zu bilden, damit die räumlich-gebäudlichen Voraussetzungen für die auslaufenden Systeme und für das ab 2015/16 aufwachsende System verbessert werden.

- Hinsichtlich der Frage „Dependance-Lösung Willy-Brandt-Gesamtschule“ oder „Errichtung einer eigenständigen Gesamtschule Dellbrück“ ist auszuführen, dass eine Dependance-Lösung nach Ansicht der Verwaltung mehrere Vorteile aufweist. Zudem wurde sie von der Willy-Brandt-Gesamtschule mit Schulkonferenzbeschluss vom 14.02.2013 ausdrücklich begrüßt. Für die Dependance-Lösung spricht, dass ein bestehendes System flexibel erweitert wird, dass am Teilstandort keine Mindestschülerzahl von 100 Schülerinnen und Schüler wie bei einer Neugründung erreicht werden muss, dass das Schulprofil bekannt ist und dass von Anfang an mit der Schulleitung und dem Lehrerkollegium der Willy-Brandt-Gesamtschule verbindliche Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Daneben leistet eine Dependance-Lösung einen Beitrag dazu, dass das Gesamtschulangebot im Stadtbezirk Mülheim nicht zu stark „zersplittert“ und dadurch möglicherweise kontraproduktive Konkurrenzen hervorgerufen werden. Nicht zuletzt ist es sehr fraglich, ob eine eigenständige Gesamtschule am Standort Dellbrück ohne weitere Baubedarfe realisiert werden könnte.

#### Schulkonferenzbeschlüsse

- Am 18.03.2013 hat die Schulkonferenz der Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch dem Vorhaben einer Erweiterung durch Bildung eines Teilstandortes Dellbrücker Mauspfad zum Schuljahr 2015/16 einstimmig unter Bedingungen zugestimmt. Mit Schulkonferenzbeschluss vom 14.02.2013 hatte sich die Willy-Brandt-Gesamtschule für die dargestellte Dependancelösung ausgesprochen.
- Die Schulkonferenz der Heinrich-Schieffer-Hauptschule, Hauptschule Dellbrücker Mauspfad tagte ebenfalls am 18.03.2013, nahm das Vorhaben zur Kenntnis und gab eine Stellungnahme ab.
- Die Schulkonferenz der Realschule Dellbrücker Mauspfad hat das Vorhaben am 18.03.2013 zur Kenntnis genommen und einen überwiegend zustimmenden Beschluss mit Bedingungen herbeigeführt.

#### Räumlich-gebäudliche Voraussetzungen

Durch die vorgestellte schulorganisatorische Lösung wird es möglich, das Bau- und das damit einhergehende Finanzvolumen für die erforderlichen Baumaßnahmen an der Willy-Brandt-Gesamtschule deutlich zu reduzieren. Wie auch in der Startphase mit den vorhandenen Räumen ausgekommen werden kann, insbesondere wenn an der Haupt- und Realschule zum Schuljahr 2014/15 keine Eingangsklassen mehr gebildet werden, wurde geprüft. Im Ergebnis müssten die insgesamt 8 neuen Eingangsklassen im Schuljahr 2015/16 am Standort Höhenhaus verortet werden. Ab dem Schuljahr 2016/17 können die Eingangsklassen dann vollständig am Standort Dellbrücker Mauspfad abgebildet werden. Nach Einschätzung der Verwaltung sind damit die in den Schulkonferenzbeschlüssen der Schulen aufgeworfenen Fragen zu den räumlich-gebäudlichen Voraussetzungen des Vorhabens beantwortet. Durch die Maßnahme wird erreicht, dass vorhandener Schulraum bedarfsgerechter genutzt werden kann. Es verbleiben nach heutiger Einschätzung ausreichend Schulplätze an Realschulen und Hauptschulen im Stadtbezirk Mülheim.

<b>5</b>	Nachrichtlich: Planungsüberlegungen zur Erweiterung der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Gesamtschule Adalbertstraße in Höhenberg im Stadtbezirk Kalk durch Bildung eines zweizügigen Teilstandortes
----------	--

#### Beschreibung der vorgesehenen Maßnahme

- Erweiterung der Gesamtschule um 2 Züge in der Sekundarstufe I. Eine Veränderung der Sekundarstufe II ist derzeit nicht vorgesehen. Die Maßnahme korrespondiert mit einem Antrag der Schulkonferenz der Katharina-Henoth-Gesamtschule, die Aufnahmekapazität der Schule um 2 Züge zu erhöhen. Die Verwaltung erkennt einen entsprechenden Bedarf an und unterstützt die Zügigkeitserweiterung.

#### Bedarfssituation im Stadtbezirk Kalk

- An der Katharina-Henoth-Gesamtschule wird zum Schuljahr 2013/14 eine Mehrklasse im Raumbestand eingerichtet werden. 140 Schülerinnen und Schüler konnten aufgenommen werden. Dennoch mussten 59 Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden. Aufgrund der Elternbefragung (Herbst 2012) wurde eine Nachfrage von 160 Gesamtschul- und 10 Sekundarschulplätzen aufgrund der Rückmeldungen von Grundschulen aus dem Stadtbezirk Kalk hochgerechnet.

#### Abstimmung mit den Schulen

- Nach einem ersten Gespräch mit der benachbarten Hauptschule Nürnberger Straße scheint die Realisierung einer Dependence der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Gesamtschule Adalbertstraße in den Gebäuden Nürnberger Straße / Schulstraße 51 derzeit nicht mit Zustimmung der Hauptschule realisierbar zu sein. Die Verwaltung wird weitere Optionen prüfen und gleichzeitig die Akteure der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst auffordern, einen Lösungsvorschlag zur Erweiterung der Gesamtschule zu entwickeln, ohne Baumaßnahmen initiieren zu müssen.

#### Räumlich-gebäudliche Voraussetzungen

- Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft würde sich eine Lösung am Standort Nürnberger Straße / Schulstraße 51 anbieten. Allerdings steht auch die Verselbständigung des Teilstandortes der Montessori-Grundschule Ferdinandstraße auf diesem Grundstück in der Diskussion. Für die Verselbständigung und Erweiterung um 1 Zug müssen ebenfalls adäquate Raumbedingungen geschaffen werden. Gleichzeitig weisen einige Gebäudetrakte (A und B-Trakt) eine sehr problematische Gebäudesubstanz auf. Der B-Trakt sollte bereits vor Jahren abgebrochen werden, musste jedoch für die Auslagerung einer Grundschule wieder hergerichtet werden. Bei der gewünschten Lösung ohne (umfangreiche) Baumaßnahmen müssten die drei Schulen, die dann den Standort Nürnberger Straße / Schulstraße 51 nutzen würden, räumliche Einschränkungen hinnehmen.

#### Vorabstimmung mit der Bezirksregierung

Die Bezirksregierung würde eine Erweiterung der Katharina-Henoth-Gesamtschule unterstützen. Weitergehende Vorabstimmungen bleiben einer konkretisierten Standortplanung vorbehalten.

## **6. Weiteres Vorgehen**

Wie eingangs schon angeführt dient die vorliegende Mitteilung dazu, die Planungsvorhaben der Verwaltung zur Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 zur Vorab-Kenntnis zu geben und zur Diskussion zu stellen. Die entsprechenden einzelnen Beschlussvorlagen möchte die Verwaltung zeitnah in die politischen Gremien einbringen, damit der Rat zu seiner Sitzung am 01.10.2013 die Vorhaben behandeln kann.

gez. Dr. Klein